

Gefährliche Dynamik einer rechts gerichteten Bewegung

Sehr vorläufige Thesen

I. Gefährliche Dynamik einer Bewegung

Seit knapp zwei Jahren ist die Republik durch eine Bewegung herausgefordert, die extrem flüchtlings- und islamfeindlich ist, Ressentiments entfesselt und mit ihren Leitfiguren Siegfried Däbritz und Tatjana Festerling sich weiter radikalisiert. Schon drei Monate nach ihrem öffentlichen Auftreten hat *Pegida* Ende des Jahres 2014 eine Verdoppelung der Gewalt bewirkt. Ihre Tochterorganisationen sind teils in Händen von Neonazis wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Anders als in Österreich zum Beispiel ist mit dieser flüchtlingsfeindlichen Bewegung in 2015 eine Verdoppelung der Gewalt verbunden. Die Entfesselung des Ressentiments hat in Deutschland eine *Gewaltwelle* mit entfesselt, die an die frühen Neunzigerjahre erinnert.

In etwa zeitgleich hat sich die 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* von einer moderat rechtspopulistischen Partei radikalisiert. Auch wenn es Anzeichen eines Machtkampfs zwischen verschiedenen Flügeln gibt und sich diese Partei in den Bundesländern unterschiedlich zeigt, sind es drei Beobachtungen, die die Radikalisierung dieser Partei ausweisen:

- (1) Ein rabiat islamfeindliches Programm, beschlossen am späten Vormittag des 1. Mai in Stuttgart nach einem Auftritt des Islamfeinds Hans-Thomas Tillschneider, der sich gegen jede Differenzierung des Islam sinngemäß mit den Worten gewandt hat: der Islam hat keine Aufklärung und soll auch keine haben – er hat damit eine totale Feindschaftserklärung begründet. Der Parteitag hat das zu etwa 80% mit Begeisterung gefeiert. Kein Vertreter des Vorstands (weder Gauland noch Petry noch Meuthen) haben dem Einhalt geboten;
- (2) Der zentrale Einfluss des radikalen Flügels um die Vertreter der Erfurter Resolution: Björn Hocke, André Poggenburg und Alexander Gauland, der patriotischen Plattform um Hans-Thomas Tillschneider sowie der extremen neuen Rechten um Götz Kubitschek, das Institut für Staatspolitik und die Identitären, die die Tradition der antidemokratischen konservativen Revolution (Jünger, Heidegger, Karl Schmidt) zu mobilisieren versuchen;
- (3) Die Rolle der Schiedskommission der Partei, die bis heute den Ausschluss des saarländischen Landesverbandes wegen seiner NPD-Kontakte blockiert und auch den Ausschluss von Wolfgang Gedeon wegen seines paranoiden Antisemitismus blockieren kann.

Diese gefährliche Dynamik von Ressentiment und Gewalt hat ihren Auslöser in einer vielfach hysterischen Flüchtlingsdebatte mit ihren Höhepunkten im Herbst 2015 und im Winter 2015/16, die wesentlich von Teilen der CSU sowie der sächsischen CDU mit entfacht worden ist.

Die tieferen Ursachen einer solchen Mobilisierung liegen in gesellschaftlichen Mentalitäten von Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausfallen und deswegen unterschiedlich mobilisiert werden können (in Thüringen zum Beispiel ein Viertel der Bevölkerung). Sie liegen zum anderen in zum Teil weit zurückreichenden sozialen, politischen und kulturellen Enttäuschungen durch Politik und teilweise in einer Demokratie“verdrossenheit“ (vergleiche Wahlstudien von Infratest dimap).

Diese außerordentlich dynamischen Phänomene zu fassen, gelingt am ehesten mit der sozialwissenschaftlichen Analyse und den Begriffen des Soziologen Minkenberg, der eine vergleichende Studie der radikalen Rechten in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten unternommen hat und die radikale Rechte als Reaktion auf die Herausforderung von Modernisierung und mehr an freiheitlicher Demokratie seit den sechziger Jahren begreift und ihre ethnopluralistische bzw. rassistische Reaktion darauf in seinem Begriff der radikalen Rechten fasst. Er macht damit zugleich die gegenwärtigen rechtsradikalen und rechtspopulistischen Bewegungen in genau diesen Ländern verständlich.

II. Ob diese gesellschaftliche Dynamik ihren Zenit erreicht hat oder schon überschritten hat, hängt auch davon ab, ob Anlass und Ursache in Gesellschaft und Politik entschieden angegangen wird. Für Gesellschaft, Parteien und (mediale) Öffentlichkeit ergibt sich daraus:

(1) eine angemessen differenzierte Aufklärung;

(2) die Erkenntnis über eine offensive Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat, d.h. vor allem die Verteidigung der angegriffenen Grundrechte: der Menschenwürde in Art. 1.1 und der Sicherheit von Leib und Leben in Art. 2.2 durch Gesellschaft und Politik und Polizei. Es heißt, sich an die Seite der Flüchtlinge zu stellen, sie kompetent zu unterstützen und zu integrieren, wie zum Beispiel vorbildlich in Oranienburg, in Osnabrück oder durch die Volkshochschule Mitte und ihre Integrationskurse. Die Mehrheit der Kommunen ist nach einer Studie schon vor einigen Monaten im übrigen nicht überfordert. Es hat seit Kriegsende noch nie eine so große Bewegung zur Unterstützung von Flüchtlingen gegeben, die an 10% der Bevölkerung reicht – abgesehen von den drei Vierteln, die Schutzsuchenden Schutz gewähren wollen;

(3) die Erkenntnis über eine ganz andere Haltung sozialer Sensibilität in Zivilgesellschaft und Politik. Die Achtung der Schwächeren, ob mit oder ohne Flüchtlingsstatus. Die glaubwürdige Haltung, sich an die Seite der Schwächeren zu stellen und das Mögliche in Kommune oder zivilgesellschaftlicher Initiative zur Verbesserung der Lage der einzelnen zu tun. Ein Ende der Demütigungen durch Hartz IV, in Berlin sind ein Drittel Hartz IV Kinder. Eine Politik sozialen Wohnungsbaus. Ein Ende übermäßiger Sparzwänge und neoliberalen Marktradikalismus.

Dies ist nicht nur eine Aufgabe der Linken oder einer sozialen Sozialdemokratie, sondern auch einer CDU, die die Soziallehre noch kennt. Beispielhaft vorgemacht von den Kirchen und den Gewerkschaften;

(4) die Erkenntnis, dass die Wahl von Rechtsextremen und Rechtspopulisten in Deutschland und Europa keine Lösung ist, sondern die Probleme in Deutschland und Europa gefährlich verschärft;

(5) die Erkenntnis, dass Europa seine Politik des Marktradikalismus und der Austerität beendet zugunsten einer Bildungs-, Infrastruktur-, Beschäftigungs- und Arbeitslosenpolitik, zugunsten eines Abbaus der gefährlichen Schieflage Deutschland gegen Südeuropa, durch ein Parlament, das endlich auch Ökonomie und Politik in Europa bestimmen kann und nicht nur ein Anhängsel der nationalen Exekutiven und der EU-Kommission ist.

(6) Darüber hinaus ist eine Politik überfällig, die entschiedener als bisher Kriege und Krisen eindämmt und für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit nicht nur gegenüber Zentralafrika eintritt (Ende der Entfischung als Beispiel).

III. Die im Anhang abgedruckten Begriffsskizzen mögen der Orientierung und Differenzierung dienen:

Unter **Rechtsradikal** verstehe ich Parteien, die sich gegen Gleichheits- und Gleichwertigkeitsvorstellungen richten, für eine (völkisch) ethnisch-reine Nation und für eine Republik eintreten, die sich weit weg von den Standards rechtsstaatlich freiheitlicher Demokratie bewegt. Sie sind in Ideologie und Handeln *rechtsradikal* (Vergleiche Michael Minkenberg: Die neue radikale Rechte im Vergleich. Opladen 1998).

Unter **Rechtsextremismus** verstehe ich mit Hans Gerd Jaschke und Richard Stöss – ähnlich dem Begriff rechtsradikal – Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die von einer rassistisch oder ethnisch erklärten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen, das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen und für eine autoritäre Ordnung eintreten.

Die rechtspopulistische Methode/Taktik lässt sich durch drei Merkmale charakterisieren, wie wir sie nicht nur in Österreich beobachten können: (1) Rechtspopulisten verstehen sich als die Stimme des Volkes. (2) Sie führen das Volk an und lösen mit und für das Volk die Probleme. (3) Das Volk definieren sie selbst, vor allem durch eine Abfuhr von Ärger und Wut auf die angeblichen Verursacher der Probleme (z.B. die Migranten oder die Muslime, aber auch die politische Elite) sowie auf das Projekt Europa als Ganzes. Mit der Verschiebung von Ärger und Wut auf die definierten Schwächeren projizieren sie ihre Aggressionen auf einen Sündenbock.

Die *Deutschnationalen* waren – wie jeder wissen sollte – eine rechtsradikale völkisch-nationalistische Partei der Weimarer Republik, die in ihren späten Jahren sich in der Harzburgerfront mit den Nationalsozialisten verband und diese 1933 an die Macht brachte. Wer sich heute als deutschnational begreift (wie die Parteivorsitzende Frauke Petry) stellt sich in die Tradition dieser rechtsradikalen *deutschnationalen* Partei.

Unter **völkisch** wird jener Traditionsstrom verstanden, der in Kultur, Politik und Partei sich auf das ethnisch reine und damit letztlich rassistische „Volk“ bezieht. Heute richtet sich das „Völkische“ gegen alle Flüchtlinge, Migranten und nicht zuletzt Muslime.

Als spezifisches Merkmal von **Rassismus** wird gemeinhin der explizite oder implizite Verweis auf essentielle Unterschiede zwischen Menschengruppen betrachtet, sofern deren Ursachen überwiegend oder wesentlich mit Herkunft, Abstammung oder äußeren Körpermerkmalen (v.a. Hautfarbe) in Verbindung gebracht werden. Rassismus ist die Abweisung und Verachtung vor allem nach physischen Merkmalen. Art. 1 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 definiert rassistische Diskriminierung als „jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird“. Heute wird vielfach von einem eher **kulturellen Rassismus** gesprochen, der angebliche kulturelle oder ethnische „Fremdheit“ und Gefahren beschwört, sie diesen Gruppen als natürlich zuordnet und so als unvermeidbare Eigenschaften begreift. Diesen kulturellen Rassismus gibt es in den Debatten unter Rechtspopulisten und natürlich Rechtsextremisten als Rassismus gegenüber Muslimen sowie Migranten aus Südosteuropa und Asien und vor allem aus Afrika. Wenn man Menschen auf einen angestammten Kulturkreis festlegt und diese dann mit negativen Attributen versieht, handelt es sich um Rassismus: die extreme Neue Rechte etwa in Frankreich oder Deutschland tut dies unter dem Decknamen eines „*Ethnopluralismus*“, der nichts anderes meint, als eine solche kulturelle Festlegung und eine entsprechende Abgrenzung. In jedem Fall – im Antisemitismus, im Rassismus wie im radikalen Ethno-Nationalismus – werden autoritär Feinde beschworen, die es um des eigenen Lebens und der eigenen Sicherheit willen zu bekämpfen gilt.

Unter **Neonazis** verstehe ich diejenigen, die sich mehr oder weniger stark in Ideologie und Gewaltpraxis an den Ideen des historischen Nationalsozialismus orientieren, an ihrem Rassismus und Antisemitismus, tatsächlich ein „Viertes Reich“ anstreben und nach 1990 mit der Ausdehnung eines neuen gewalttätigen Rechtsextremismus zunächst in Ostdeutschland – dann nach Westen überschwappend – eine neue nationalsozialistisch revolutionäre Chance sahen.

Ähnlich der Definition des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts verstehe ich unter einem **Rechtsterroristen** einen besonders gewaltbereiten Teil des Rechtsextremen, der sich zur Verwirklichung seiner Ziele in der Regel clandestin organisiert, bewaffnet und Sprengstoffanschläge, Morde oder andere Formen terroristischer Gewalt plant und durchführt. Im Falle des neueren Rechtsterrorismus kommt dessen spezifische Genese als Kontext hinzu: der Prozess in einer rechtsextremen Subkultur und in rechtsextremen Organisationen wie dem *Thüringer Heimatschutz* – vor allem in den 1990er-Jahren – hin zu einer neonationalsozialistisch und weiß-rassistischen Ausrichtung.

(10. 6. 2016. Hajo Funke)